



Die Machtergreifung der Banker

— von Oliver Janich

Die Geschichte der US-Notenbank Federal Reserve offenbart einige Überraschungen. Es waren zunächst Demokraten, die sich heftig gegen die Fed gewehrt hatten. Bei deren Installation setzten Banker sehr effektive Propagandamethoden ein, die bis heute funktionieren.

Das ganze Teilreserve-System ist also aufgebaut auf Betrug.

In den USA fand die Machtergreifung der Banker bereits rund 100 Jahre vor der Gründung der Federal Reserve (Fed) statt. Im Jahre 1811 gelang es ihnen, durch eine Heerschar von Anwälten und Ökonomen eine Betrugsmethode zu legalisieren, die bis heute unser Geldsystem ausmacht: das Teilreserve-Banking. Die Banken gaben damals Warenhausquittungen für die Verwahrung von Geld – meist Gold, Silber oder Papiergeld – heraus, die dann wiederum als Geld zirkulierten. Da diese Quittungen selten bei der Bank eingelöst wurden, gaben die Banken mehr davon heraus, als Geld in den Tresoren lagerte.

Im Präzedenzfall Carr versus Carr entschied der aus Großbritannien stammende Richter Sir William Grant, dass die Quittung keiner Warenhausquittung wie etwa bei Getreide entsprach, sondern die Einlage einen Kredit an die Bank darstellte. Deshalb tauchen die Einlagen der Kunden in den Bilanzen der Banken auf der Passivseite als Verbindlichkeit auf. In Wirklichkeit haben sie aber nichts in der Bilanz zu suchen, denn das Geld ist Eigentum der Kunden. Die Banken waren so nicht mehr verpflichtet, genauso viel Geld vorrätig zu haben, wie sie Quittungen ausstellten. Der Richter übernahm die Rechtsprechung aus England, wo die Banker mit der Gründung der Bank of England schon seit 1694 das Sagen hatten.

Der US-Ökonom Murray Rothbard schreibt in *The case against the Fed*, dieses und nachfolgende Urteile «ignorierten die Tatsache, dass, wenn die Sparer wüssten, was vor sich geht und alle ihre Ansprüche



*Der Witz war gut – die Zeche zahlen andere. US-Präsident Franklin D. Roosevelt unterzeichnet 1935 ein neues Fed-Gesetz.
Foto: Federal Reserve, Public Domain*

bis zur Etablierung der Fed immer wieder ein heiß umstrittenes Thema in Wahlkämpfen. Zuerst traten die nationalistischen Parteien – anfangs die Whigs, dann die Republikaner – für eine Zentralbank ein. Sie waren für eine starke Bundesregierung, Subventionierung der Industrie, Schutzzölle, einen kreditfinanzierten öffentlichen Sektor und eine staatliche Zentralbank, um die heimische Bankenindustrie zu «schützen», also vor dem Bankrott zu bewahren.

Ebenso stark war die Gegenbewegung, aus der die Demokraten hervorgingen. Sie traten für eine freie Marktwirtschaft ohne Regulierung, freien Handel, dezentrale, möglichst minimale Regierungen und «hartes Geld» basierend auf Gold und Silber ein. Deshalb heißen die Demokraten heute noch «Liberals». Damals war ihnen noch bewusst, dass eine freie Marktwirtschaft der Kartellbildung entgegenwirkt sowie niedrige Preise für Konsumenten und höheren Wohlstand für die Arbeiter bedeutet. Der demokratische Präsident Andrew Jackson schaffte es nach langem Kampf, 1833 die Second Bank of America aufzulösen, die genauso zu Inflation und Finanzkrisen geführt hatte wie die First Bank of America.

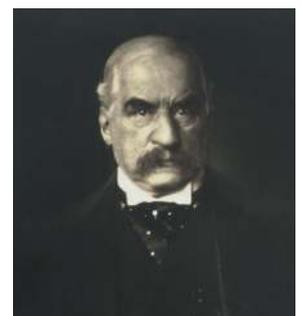
Ab 1863 gelang es den Bankern durch die National Banking Acts erneut ein zentralbankähnliches System aufzubauen. Die National Banks waren staatlich lizenzierte Banken, die das exklusive Recht erhielten, Banknoten herauszugeben. Auch alle anderen Banken wurden vom Staat lizenziert, wofür das «Office of the Comptroller of the Currency» als Teil des Schatzamtes geschaffen wurde. Der Teilreserve-Betrag erhielt sozusagen den Genehmigungsstempel von ganz oben. Hauptnutznießer des Systems waren die großen Wall Street-Banken, die pyramidenartig auf Gold, Silber, Banknoten und Sichteinlagen neues Geld schöpfen konnten. Natürlich führte dies zu weiteren Finanzkrisen wie der Panik von 1873. Als Antwort auf diese Panik gelang es den Demokraten zumindest die Inflation, die in Folge des Bürgerkriegs aufgetreten war, zu stoppen, indem man zum Goldstandard zurückkehrte.

Äußerst linke Philanthropen

Doch dann gelang der wohl größte Coup der Banker und Monopolkapitalisten. Ab 1890 begann die sogenannte Progressive Ära. In den Geschichtsbüchern können Sie nachlesen, dass es darum gegangen sei, Monopolbildungen zu verhindern, Korruption zu bekämpfen und soziale Standards einzuführen. Eine ganze Reihe von Regulierungen wurde erlassen, der öffentliche Sektor ausgebaut. Die progressive – also heute linke – Bewegung war von Anfang bis Ende von den Finanzdynastien der Morgans, Rockefellers

Wem gehört die FED?

Die *New York Times* ließ am 2. Dezember 1981 ihre Leser wissen, dass die Fed zu den drei geheimsten Institutionen in Washington gehörte. Ihre Befehle erhielten die Banker «von außen», also von ihren Besitzern, den Großbanken, deren Geschäftsanteile ebenfalls streng geheim sind. Wer die Besitzer sind? Obwohl sich seit 1913 durch zahllose Bankrotte, Aufkäufe und Verschmelzungen die Namen und Besitzverhältnisse vieler Gründungsaktionäre verändert haben, ließen sich die Besitzverhältnisse aber zumindest für die tonangebende Regionalbank der Fed, die Fed New York, doch einigermaßen rekonstruieren. Demnach hält JPMorgan Chase – also die Familien Rockefeller und Morgan – 38 Prozent und die Citibank (gleichfalls Rockefeller) 17 Prozent. Auch Goldman Sachs und Morgan Stanley dürften größere Aktienanteile besitzen. Die Mitgliederliste 1983 umfasste insgesamt 27 Banken. An der gesamten Fed-Gruppe werden den rein amerikanischen Banken insgesamt Anteile von 66 Prozent, den alten europäischen Bankhäusern (direkt oder indirekt über US-Banken) 26 Prozent zugeschrieben.



Prototyp des rücksichtslosen Magnaten: John Pierpont Morgan (1837–1913) Foto: LoC, Public Domain

auf einmal ausüben würden, es unmöglich wäre, dass die Banker ihren Verpflichtungen nachkommen können». Wie ein Zauberer müssten sie Rauch und Spiegel zur Ablenkung einsetzen, damit den Kunden das nicht bewusst werde. «Das ganze Teilreserve-System», so Rothbard, «ist also aufgebaut auf Betrug, ein Betrug, der durch das Justizsystem gedeckt wird».

Etatisten gegen Liberale

Ab diesem Zeitpunkt konnten Banken in den USA ganz legal soviel Geld schaffen, wie sie wollten, was immer wieder zu inflationären Aufschwungphasen (Boom) und anschließenden Zusammenbrüchen (Bust) führte. Für die Banker war das ein gutes Geschäft. Denn sie konnten mit aus dem Nichts geschaffenem Geld hohe Gewinne einfahren und sich bei Industrieunternehmen und Medien einkaufen. Einzelne Banken gingen zwar pleite, aber das wurde als normales unternehmerisches Risiko betrachtet, statt als Betrug, wofür die Banker ins Gefängnis hätten gehen müssen.

Der Wunschtraum der Banker war allerdings eine Zentralbank, die sie auch im Falle eines Bank-Runs rettete. Seit Gründung der USA war das Geldsystem

... Oliver Janich machte durch seine 9/11-Dossiers in «Focus Money» Furore – bis seine Mitarbeit im Oktober 2010 storniert wurde. Sein aktuelles Buch «Die vereinigten Staaten von Europa: Geheimdokumente enthüllen: Die dunklen Pläne der Elite» (FinanzBuch, 512 Seiten, 19,99 Euro) steht in den Bestsellerlisten. In COMPACT 6/2013 stellte er die digitale Währung Bitcoin vor.



... sondern letztlich nur ein schön bedruckter Schein. Foto: James Willamor, flickr

Demonstration in New York während der großen Depression. Foto: Public Domain



und Harrimans finanziert. Das können Sie heute sogar auf Wikipedia lesen. Der Öffentlichkeit wurde erzählt, bei diesen Monopolkapitalisten handele es sich um Humanisten und Philanthropen, denen das Wohl der Menschen am Herzen läge. In Wirklichkeit waren J. P. Morgan & Co dabei gescheitert, riesige Monopole durch Fusionen und Übernahmen aufzubauen. Also lobbyierten sie für Regulierungen, die Eintrittsbarrieren für kleine Wettbewerber schufen, welche sich den finanziellen und juristischen Aufwand nicht leisten konnten. So funktioniert auch die Europäische Union. Jeder, der auf den offensichtlichen Widerspruch hinwies, dass diese Monopolkapitalisten die «Linke» finanzierten, wurde von den großen Zeitungen als linker oder rechter «Extremist» oder «Anhänger von Verschwörungstheorien» verunglimpft, wie Rothbard schreibt. *Erinnert das nicht an heute?*

Im Rahmen dieser progressiven Bewegung wurde auch das Thema Zentralbank vorangetrieben. Doch wie konnte die Öffentlichkeit davon überzeugt werden, ein riesiges Kartell für die Großbanken zu schaffen? Wieder wurde die Karte gespielt, es ginge um den kleinen Mann auf der Straße. Er habe unter den Bankenpleiten zu leiden. Die Geldmenge sei nicht «elastisch» genug, um das Wirtschaftswachstum zu finanzieren. Dieses Märchen grassiert bis heute, wurde aber von den Ökonomen der Österreichischen Schule – allen voran Ludwig von Mises – bereits zu eben jener Zeit widerlegt, als die Fed entstand. Die Banker gründeten vermeintliche «Bürgerinitiativen», die Forderungen nach einer Zentralbank erhoben. Als

fingierte Reaktion auf die angeblichen Wünsche der Bürger wurde 1897 die Indianapolis Monetary Commission eingerichtet, die diese Frage «neutral» untersuchen sollte. Sie wurde absichtlich nicht in New York angesiedelt, war aber natürlich trotzdem voller Banker. Umfragen unter «Experten» wurden erhoben. Die Fragebögen wurden nur an solche Experten verschickt, von denen die Antwort bekannt war. Diese Expertenmeinungen wurden der Kommission vorgelegt und an 97.000 (!) Journalisten versendet. Die Parallelen zur Klimaforschung sind augenfällig... 1898 kam die Kommission zu dem Schluss, dass eine Zentralbank die beste Lösung sei. Die Banken-Lobbyisten Lyman Gage und später Leslie Shaw versuchten als Finanzminister, das Schatzamt zu einer Zentralbank umzuformen, scheiterten aber zunächst am Widerstand kleinerer Banken.

Finte der Banker

Trotzdem agierte das Schatzamt unter Shaw, Theodore Roosevelts Finanzminister von 1902 bis 1907, teilweise wie eine Zentralbank und ließ Staatsanleihen von den National Banks aufkaufen, was die Inflation anheizte. Dies und das außer Kontrolle geratene Teilreserve-System führten zur Panik von 1907. Nun hatte die Stunde der Banker geschlagen. 1908 übernahm der republikanische Senator Nelson Aldrich, der Schwiegervater von John D. Rockefeller Junior, die Leitung einer Initiative zur Bankenreform. 1910 trafen sich auf seine Einladung die wichtigsten Banker – Vertreter der Geldinstitute JPMorgan, Jacob H. Schiff, Felix M. Warburg, William Rockefeller und Benjamin Strong Junior – unter Decknamen in J. P. Morgans Jekyll Island Club, um das Fed-Gesetz auszuarbeiten. Aldrich wollte eine staatliche Zentralbank nach europäischem Vorbild. Doch Warburg schlug eine andere Taktik vor: Die Institution sollte nicht Central Bank sondern Federal Reserve heißen und formal aus lauter lokalen Reserve-Banken bestehen, um den Anschein zu erwecken, sie sei dezentral aufgebaut. Denn den Bürgern wurde die Fed mit dem Argument verkauft, so werde die Monopolmacht der Wall Street-Banken gebrochen. In der Öffentlichkeit schimpften die Banker auf den Plan, um diesen Eindruck zu bestätigen. Kurioserweise wird jene Finte heutzutage dazu verwendet, zu kritisieren, dass die Fed privat sei. In Wirklichkeit ist aber egal, dass sie formal den angeschlossenen Banken gehört. Das Monopol wurde ihr vom Staat verliehen und sie agiert exakt so wie die rein staatlichen Notenbanken in Europa, also heute die Europäische Zentralbank.

Da zwischenzeitlich die Demokraten an die Macht kamen, war es an der Zeit, die Kontakte aus der Progressiven Ära zu nutzen. Weihnachten 1913 setzte Präsident Woodrow Wilson die Fed schließlich im Kongress gesetzlich durch – viele Abgeordnete waren da schon im Urlaub. ■